

Das System Putin: Wie stabil ist Russland?

Wladimir Putin dominiert die Politik Russlands seit fast zwei Jahrzehnten. Am 18. März 2018 wurde er mit fast 77 Prozent der Stimmen für weitere sechs Jahre als Präsident wiedergewählt. Das System Putin zielt nicht auf dringend nötige wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen ab, sondern hauptsächlich auf den eigenen Machterhalt.

Von Jeronim Perović

Der Sieg Putins war zu erwarten. Die Zustimmungsraten für den Präsidenten und seine Politik bewegen sich seit Jahren auf hohem Niveau und dies trotz der Tatsache, dass Russlands Wirtschaft unter den westlichen Sanktionen und tiefen Ölpreisen leidet. Dabei ist interessant, dass nicht nur die Zustimmung für Putin hoch ist. Gemäss Meinungsumfragen unterstützt auch eine Mehrheit in Russland den gegenwärtigen innen- und aussenpolitischen Kurs der russischen Führung oder tritt sogar für eine noch härtere Gangart ein – und zwar unabhängig davon, wer Russland als Präsident regiert (siehe Grafik auf S.3).

Es wäre zu einfach, diese hohen Zustimmungsraten nur auf die offizielle Propaganda zurückzuführen, die vor allem über das staatlich kontrollierte Fernsehen verbreitet wird. Seit Jahren wird auf allen Kanälen der Mythos gepflegt, Putin habe Russland «gerettet» und das Land habe sich nur dank ihm vom Niedergang der 1990er-Jahre erholt. Die Vorstellung vom «gedemütigten» Russland, das erst dank der harten Hand Putins wieder erstarkt sei und auch auf der Weltbühne endlich wieder aktiv seine legitimen Interessen wahrnehme, entfalten ihre Wirkung nicht nur aufgrund von Propaganda. Diese Narrative funktionieren, weil sie bei der Bevölkerung



Präsident Wladimir Putin wurde am 18. März 2018 im Amt bestätigt. Anton Vaganov / Reuters

auf einen Nerv treffen und viele die vom Staat verbreiteten Sichtweisen aus Überzeugung teilen.

In dieser Hinsicht haben die Wirtschaftssanktionen, die westliche Staaten 2014 verhängt haben, dem Regime eher noch in die Hände gespielt. Denn darin erkennt Moskau eine Bestätigung dafür, dass die westli-

che Politik in Tat und Wahrheit darauf abzielt, Russland zu schwächen. Die Sanktionen seien nur Teil einer grösseren Strategie, einen Umsturz in Russland selbst herbeizuführen. Natürlich wünschen sich die Russinnen und Russen mehr Wohlstand und ein besseres Leben. Doch für die Wahrung russischer Grossmachtinteressen ist eine Mehrheit offenbar bereit, mindes-

tens vorübergehend den Gürtel enger zu schnallen und Abstriche in Kauf zu nehmen, die das schwierige wirtschaftliche Umfeld und die Budgetkürzungen bei Gesundheit, Bildung und Pensionszahlungen mit sich gebracht haben.

Die Angst vor Revolutionen

Aber das Wahlergebnis vom 18. März 2018 zeigt auch: Trotz aller Mobilisierungsversuche seitens des Staates blieben über 32 Prozent der Wahlberechtigten der Abstimmung fern. In zahlreichen Städten und Regionen kam es im Vorfeld der Wahlen trotz massivem Polizeiaufgebot sogar zu öffentlichen Kundgebungen gegen Putin.

Auch wenn das Protestpotenzial gegenwärtig sehr klein zu sein scheint, Vertreter liberaler Ansichten kaum Zustimmung bei der Bevölkerung finden (die beiden liberal gesinnten Präsidentschaftskandidaten, Xenija Sobtschak und Grigori Jawlinskij, erhielten zusammen weniger als drei Prozent aller Stimmen) und derzeit keine ernsthafte Bedrohung für das Regime zu erkennen ist, reagiert die Führung auf alle gegen den Staat gerichteten Manifestationen doch äusserst sensibel. Denn im Kreml weiss man nicht erst seit dem «Euromaidan» in Kiew, dass gerade in Krisenzeiten auch scheinbar harmlose Protestbewegungen immer eine Eigendynamik entfalten können. Signalwirkung hatten vor der Ukrainekrise namentlich die «Rosenrevolution» in Georgien (2003), die «Orangene Revolution» in der Ukraine (2004) oder die «Tulpenrevolution» in Kirgistan (2005), wo Strassenproteste in allen Fällen das gewählte Regime zu Fall brachten. Welche Wucht Massenbewegungen entfalten können, haben dem Kreml auch die Ereignisse des «arabischen Frühlings» ab 2011 vor Augen geführt, die in einigen Fällen friedlichen Regimewechsel, in andern Chaos und Bürgerkrieg zur Folge hatten.

Auch in autoritär regierten Staaten goutieren Menschen Wahlfälschungen nicht.

Auf Proteste im eigenen Land reagiert die russische Führung seither heftig. Einschneidend waren die grossen Anti-Regierungsdemonstrationen von 2011/12. Als bei der Durchführung der russischen Parlamentswahlen in einigen Regionen des Landes Unregelmässigkeiten zutage traten, kam es nicht nur in den grossen Städten wie Moskau und St. Petersburg zu Protestversammlungen mit Zehntausenden von Teil-

nehmern. Auch in zahlreichen kleineren Städten demonstrierten die Menschen zu Tausenden gegen die Führung des Landes.

Diese Protestbewegungen, die sich über mehrere Monate hinzogen, stellten zwar keine ernsthafte Gefahr für die Stabilität des Regimes dar, das mit einem Grossaufgebot an Polizeikräften gegen die Demonstrierenden vorging und Hunderte verhaften liess. Dennoch waren die Mächtigen im Kreml vom Ausmass der Demonstrationen, der Hartnäckigkeit der Teilnehmenden und dem hohen Mobilisierungspotenzial der Gesellschaft überrascht. Gleichzeitig zeigte es den Verantwortlichen die Grenzen ihrer Willkürpolitik auf. Denn auch in autoritär regierten Staaten goutieren Menschen Wahlfälschungen oder auch Fälle offensichtlicher Korruption und Machtmissbrauch nicht. Umfragen zeigen, dass insbesondere die Korruption heute von vielen Russinnen und Russen als eines der grössten Übel im Land angesehen wird.

Verschärfte Repression

Seither hat die Staatsmacht nicht nur die Rhetorik nochmals verschärft. Auch die Repression gegen die Überreste der politischen Opposition und staatlich unabhängig operierende gesellschaftliche Organisationen hat in jüngster Zeit zugenommen. Insbesondere seit der Einführung des Gesetzes über «fremde Agenten» 2012 sehen sich Nichtregierungsorganisationen oder auch private akademische Bildungseinrichtungen grossem Druck ausgesetzt. Einige von ihnen mussten ihre Tätigkeiten in den letzten Jahren sogar gänzlich einstellen. So sieht sich auch das bekannte und letzte unabhängige Meinungsforschungsunternehmen «Lewada» grossem Druck seitens der staatlichen Behörden ausgesetzt, nachdem es im September 2016 mit der Begründung, das Institut erhalte Geld aus den USA, als «ausländischer Agent» registriert wurde.

Gleichzeitig bemüht sich der Kreml stärker denn je um die Festigung eines «nationalen Konsenses», was auch durch ein patriotisch gefärbtes Geschichtsbild erzielt werden soll. Dazu werden Schulbücher umgeschrieben und der Kreml unterstützt Stiftungen und Internetportale, die ein vom Staat sanktioniertes Geschichtsbild propagieren. Bereits im Mai 2009 liess der damalige Präsident Russlands, Dmitri Medvedev, eine Kommission einsetzen, deren Aufgabe es ist, gegen Versuche der «Falsifizierung der Geschichte zum Nach-

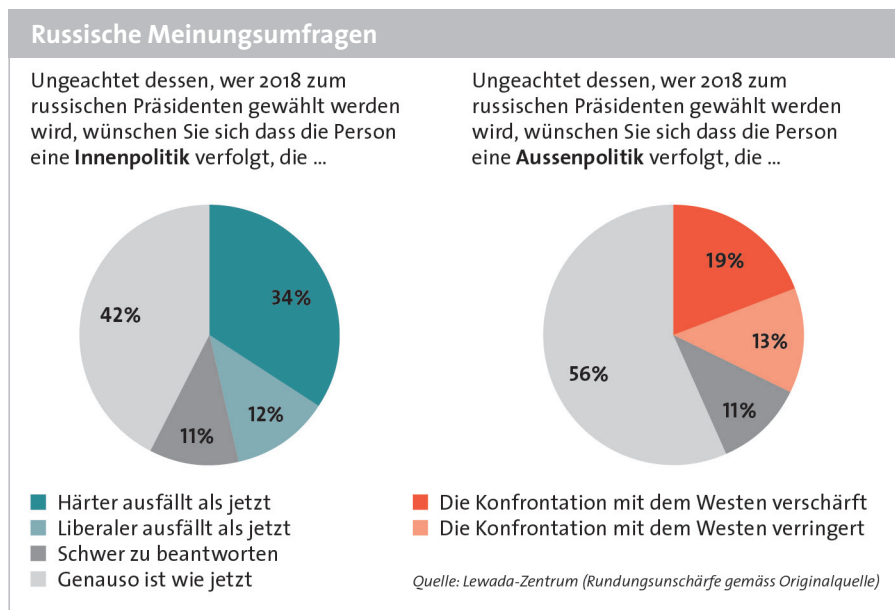
teil der Interessen Russlands» vorzugehen. Das russische Gesetz ermöglicht es den staatlichen Behörden, Vertreter abweichender Meinungen – etwa was die Deutung der Rolle der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg angeht – strafrechtlich zu verfolgen.

Das Internet ist in Russland zwar noch immer eine weitgehend freie Domäne, doch auch hier erlaubt die Gesetzeslage den staatlichen Autoritäten, gegen Kritiker rigoros vorzugehen und Internetseiten von Oppositionskräften abzuschalten; so wurde im Februar 2018 auch der Internetauftritt des bekannten Kreml-Kritikers Alexej Nawalny blockiert, nachdem dieser in einem Video über einen Korruptionsfall berichtet hatte, in dem ein hochrangiger Staatsbeamter verwickelt war. Auch die Demonstrationsgesetze haben sich erneut verschärft: Den Sicherheitskräften ist es nun sogar erlaubt, nach eigenem Ermessen in Menschenmengen zu schiessen.

Die staatliche Rhetorik und die zunehmende Repression werfen somit ein Schlaglicht auf die Befindlichkeiten eines Regimes, das sich trotz hoher Zustimmungsraten bedroht fühlt. Für Putin waren die Massendemonstrationen von 2011/12 besorgniserregend, weil die Menschen nicht aus einer akuten wirtschaftlichen Notlage heraus auf die Strasse gingen, sondern um gegen staatlich organisierte Wahlmanipulation zu protestieren. Damit sah sich Putins Herrschaftsmodell einem Stresstest ausgesetzt.

Das «System Putin» im Stresstest

Ein wichtiger Grund für die unter Putin erreichte Machtkonsolidierung ist darin zu sehen, dass der russische Staat nach der «wildem Privatisierung» der 1990er-Jahre den Rohstoffsektor und andere als strategisch erachtete Sektoren der Wirtschaft in relativ kurzer Zeit wieder unter seine Kontrolle gebracht und den Einfluss der einst mächtigen Oligarchen zurückgedrängt hat. Dies ist bedeutend, denn in Russland sind nur wenige Dutzend Unternehmen für den grössten Teil der volkswirtschaftlichen Leistung verantwortlich. Aktuell erwirtschaften Unternehmen aus nur zwölf Schlüsselsektoren über 90 Prozent des Umsatzes der 500 grössten russischen Firmen. Damit ist die Macht in Russland bei demjenigen konzentriert, der diese Sektoren kontrolliert. Alleine die Öl- und Gasunternehmen sind in dieser Gruppe der 500 wichtigen Firmen für über 30 Prozent des Umsatzes und sogar fast die Hälfte des Gesamtgewinnes verantwortlich. Der Öl-



und Gassektor generiert derzeit etwa gleich viel Gewinn wie die fünf nächstgrössten Wirtschaftssektoren zusammen.

Aufgrund der anhaltend tiefen Ölpreise haben die Öl- und Gasunternehmen in den letzten Jahren jedoch deutlich weniger Umsatz erzielt, was sich direkt im föderalen Budget niederschlug: Erwirtschaftete der Staat bis vor Kurzem noch rund die Hälfte seiner Einnahmen aus Steuern auf den Erdöl- und Erdgassektor, so lag dieser Anteil 2017 bei 40 Prozent. Russland greift derzeit zwar auf Mittel seines Nationalen Wohlfahrtsfonds zurück, um das Budgetdefizit auszugleichen, und auch die Abwertung des Rubels gegenüber dem Dollar (die Währung, in der Öl gehandelt wird) hat dazu beigetragen, dass der Schock des Erdölpreiserfalls etwas abgedefert werden konnte. Dennoch sind die Renditen aus dem Rohstoffexportgeschäft gesunken und der Umverteilungskuchen ist kleiner geworden. Die Auswirkungen hat vor allem der Sozialbereich (u.a. Pensionsleistungen, Bildung und Gesundheit) deutlich zu spüren bekommen. Wird die Inflation mitberücksichtigt, dann stehen diesem Bereich weit weniger Mittel zur Verfügung als in früheren Jahren. Gleichzeitig hat die schlechte Wirtschaftslage dazu beigetragen, dass auch die Reallöhne in Russland in den letzten drei Jahren gesunken sind. Rund zwei Drittel der arbeitenden Bevölkerung beziehen derzeit einen Lohn, der unter dem durchschnittlichen Lohnniveau des Landes liegt; dies weist darauf hin, dass sich auch die Einkommensschere geöffnet hat.

Auch im Verteidigungsbereich gab es Einsparungen, allerdings ist unklar, in welchem Umfang. Gemäss offiziellen Planziffern gab der Staat 2017 zwar rund 25 Prozent weniger für das Militär aus als im Vorjahr. Doch die tatsächlichen Ausgaben sind vermutlich weit höher, weil Teile der Mittel für die Verteidigung in anderen Budgetposten «versteckt» werden oder geheim erfolgen. Schätzungen gehen davon aus, dass der Staat bis zu einem Drittel des Budgets für die Sparte «Sicherheit» aufwendet, wenn dazu nebst den Ausgaben für das Militär und den militärindustriellen Komplex auch solche für die Polizei und verschiedene andere Sicherheits- und Geheimdienstkräfte mitgerechnet werden. Dieser Anteil dürfte sich in den nächsten Jahren bei anhaltend schlechter Wirtschaftslage kaum verkleinern, wogegen kaum zu erwarten ist, dass der Staat in schwierigen Zeiten bereit ist, die Ausgaben für Soziales und zivile Projekte zu erhöhen.

Wahrung des Bestehenden

Das «System Putin» funktioniert nur, wenn die bestehenden Machtverhältnisse gewahrt bleiben. Deshalb investiert das Regime in die Verteidigung und in den Sicherheitsapparat und setzt alles daran, über staatsreue Eliten weiterhin die Schlüssel-sektoren der Wirtschaft zu kontrollieren. Umgekehrt suchen die wirtschaftlichen Eliten des Landes mehr als zuvor die Nähe zum politischen Machtzentrum, weil sie Nutzniesser des Systems sind und ihr eige-

nes Überleben an die Widerstandsfähigkeit des Regimes geknüpft ist. Die Staatsmacht wird mittel- bis langfristig zwar kaum darum herumkommen, über Wege und Möglichkeiten nachzudenken, die Abhängigkeit der russischen Wirtschaft von Rohstoffexporten zu reduzieren. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist allerdings nicht davon auszugehen, dass die Eliten Reformen begrüssen würden, die vom Staat unabhängige Sektoren der Wirtschaft, darunter namentlich die kleineren und mittleren Unternehmen (KMU), stärken würden. Gerade die Förderung der KMU wäre für eine stärkere Diversifizierung der russischen Wirtschaft aber dringend nötig, steuern diese derzeit doch lediglich etwa 20 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei – und damit weit weniger als in den meisten westlichen Staaten, wo deren Wertschöpfungsanteil bei deutlich über 50 Prozent liegt.

Um das Innovationspotenzial der russischen Gesellschaft zur Entfaltung zu bringen, wären nebst der Stärkung der Rechts-sicherheit auch ein Abbau der bürokratischen Erschwernisse, die entschlossenere Bekämpfung der Korruption und die Bereitstellung von Krediten für KMU nötig. Doch das eigentliche Problem einer effektiven Diversifizierung ist darin zu sehen, dass im bestehenden «System Putin» ein florierender Privatsektor gar keinen Platz hat. Wenn das oberste Gebot die Wahrung eines Systems ist, das politische Macht mit Kontrolle über die Wirtschaft gleichsetzt, dann ist nicht davon auszugehen, dass der

Die Wirtschaftssanktionen des Westen haben dem Regime eher noch in die Hände gespielt.

Staat ein Interesse hat, einen Sektor bestehend aus privaten KMU zu fördern, der sich von seiner Struktur her weit weniger gut kontrollieren liesse als einige Dutzend Grossunternehmen und staatsreue Oligarchen. Denn im «System Putin» ist die Gesellschaft der grosse Unsicherheitsfaktor. Und diesen will der Staat möglichst unter Kontrolle halten, um sich gegen alle Eventualitäten zu wappnen.

Die Bedeutung der Ukraine Krise

In diesem Zusammenhang kam dem Kreml die Ukraine Krise innenpolitisch nicht ungelegen. Das aggressive russische Vorgehen gegenüber der Ukraine ist zwar auch als Reaktion auf die Annäherung der Ukraine an den Westen und die Absage Kiews an das von Moskau dominierte eurasische Integrationsprojekt zu verstehen.

Dass die Ukraine dereinst Mitglied der NATO oder der EU werden könnte, ist für Moskau das schlechteste aller denkbaren Szenarien. Darüber hinausgehend darf aber die innenpolitische Funktion der Ukraine-Krise nicht unterschätzt werden. Die Eingliederung der Krim in den russländischen Staatsverband stösst in der russischen Bevölkerung auf riesige Zustimmung. Dagegen nutzte die Propagandamaschine des Kremls die Konfliktsituation im Osten der Ukraine geschickt dazu aus, ein Bild von Chaos und Bürgerkrieg im Nachbarland zu zeichnen. In der Lesart des Kremls wurde die Maidan-Bewegung von Mächten aus dem Westen gesteuert, was schliesslich zum «Putsch» und der Machtergreifung ei-

Unter Stärke versteht das Regime weniger die Fähigkeit zu Innovation, Reformen oder Selbstkritik.

ner von «Faschisten» dominierten Gruppe geführt habe. Der Revolution in der Ukraine wird so jegliche demokratische Legitimation abgesprochen und dem Westen Beihilfe zur «Spaltung» der russisch und ukrainischen «Brudervölker» vorgeworfen.

Damit will der Kreml den Bürgerinnen und Bürgern im eigenen Land vor Augen führen, welch zerstörerisches Potenzial in Revolutionen steckt. Wenn der russische Machtapparat gegen Demonstranten und Kritiker im eigenen Land vorgeht, dann tut er dies immer auch mit dem Hinweis darauf, den Einfluss äusserer, Russland feindlich gesinnter Kräfte zurückdrängen zu wollen. Die destruktive Haltung des Kremls hinsichtlich der Beilegung des Konflikts in der Ostukraine ist nur vor diesem innenpolitischen Hintergrund zu verstehen. Moskau hat kein Interesse, dass die

ukrainischen Reformanstrengungen Erfolg haben, weil dies dem offiziellen russischen Narrativ eines fehlgeleiteten ukrainischen Nationalprojekts widersprechen und das eigene russische Entwicklungsmodell infrage stellen würde.

Starker Präsident, starkes Russlands

Nur ein «starker Präsident» garantiert auch ein «starkes Russlands», so ein zentraler Slogan aus Putins Wahlkampfprogramm. Doch unter Stärke versteht das Regime weniger die Fähigkeit zu Innovation, Reformen oder Selbstkritik. Das oberste Ziel ist Machterhalt. Dazu ist der Präsident auf die unbedingte Loyalität seines engsten Umfeldes angewiesen. Vor diesem Hintergrund ist es wohl zu verstehen, dass Putin in den letzten Jahren vermehrt jüngere, weitgehend unbekannte Beamte in seinen Stab geholt und wichtige Regierungsposten mit neuen Köpfen besetzt hat. Auch liess Putin in den letzten Jahren zahlreiche Gouverneure in den Regionen austauschen. Damit soll die «Machtvertikale» von oben nach unten gestärkt und die Gefahr möglicher Grabenkämpfe innerhalb des staatlichen Regierungs- und Verwaltungsapparates minimiert werden.

Die Massnahmen zur Festigung der Einheit der politischen Führung des Landes gehen einher mit Anstrengungen, den nationalen Zusammenhalt weiter zu festigen. Dafür hält das Regime die gesamte Gesellschaft seit Jahren in einer Art Ausnahmezustand, indem es Feindbilder bewirtschaftet und mit zunehmend aggressiver Rhetorik an die patriotischen Gefühle der Bevölkerung appelliert. So wird auch die Unterstützung des Präsidenten zur Pflicht eines jeden Einzelnen und die Stimme für Putin ein Votum für ein starkes und geeintes Russland.

Putins Rezept für den Machterhalt hat funktioniert: Er wurde im März 2018 erneut zum Präsidenten Russlands gewählt, ohne dabei je ein konkretes Programm vorgelegt zu haben. Dies zeigt, dass die meisten Menschen in Russland keine radikalen Brüche anstreben. Aber es heisst nicht, dass sich die Menschen nicht ein besseres Leben und Wohlstand wünschen würden. Dabei zeigen Meinungsumfragen, die kurz vor den Wahlen durchgeführt wurden, dass auch innerhalb der Gesellschaft kein Konsens darüber besteht, welche konkreten Veränderungen nötig wären, um einen Wandel zum Besseren zu erreichen. Die hohe Zustimmung zu Putin drückt nicht notwendigerweise einen Optimismus für die Zukunft aus, sondern zeigt, dass die Menschen derzeit schlicht keine Alternative zu ihm sehen.

Das Votum für Putin ist ein Votum für Stabilität und Ausdruck dafür, die nationale Einheit in Zeiten vermeintlicher äusserer Bedrohungen und innerer Wirtschaftskrise wahren zu wollen. Allerdings steht eine solche Stabilität solange auf tönernen Füßen, als Russlands Wirtschaft nicht wieder in Fahrt kommt. Solange Machterhalt oberste Priorität hat und der Gesellschaft keine freie Entfaltung und damit auch Teilhabe an der Entwicklung Russlands zugestanden wird, ist es allerdings fraglich, ob Putin nun tatsächlich die für einen Wandel nötigen Veränderungen einleiten wird.

Prof. Dr. Jeronim Perović ist Titularprofessor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Zürich und Leiter des Center for Eastern European Studies (CEES). Er ist Autor von u.a. «Der Nordkaukasus unter russischer Herrschaft» (2015). Die vorliegende CSS-Analyse entstand im Rahmen einer seit Januar 2018 bestehenden Kooperationsvereinbarung zwischen CSS und CEES.